



HESSISCHER LANDTAG

06. 11. 2020

Kleine Anfrage

Bijan Kaffenberger (SPD) und Tobias Eckert (SPD) vom 22.09.2020

5G-Kommunikationsinitiative

und

Antwort

Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung

Vorbemerkung Fragesteller:

Einige Menschen in Hessen sind zunehmend skeptisch hinsichtlich der von Mobilfunk erzeugten Strahlung und stellen sich daher gegen den Bau oder die Modernisierung von Mobilfunkmasten. Dies gilt insbesondere mit Blick auf 5G. Obwohl die Studienlage in Bezug auf aktuell genutzte Frequenzbereiche eindeutig ist, sorgen Fake-News und unseriöse Studien für Vorurteile und verhindern so eine sachliche Debatte zum Thema Mobilfunknetzausbau und 5G-Rollout.

Hessen braucht daher mehr Zugang zu Informationen und Dialog zu 5G und Mobilfunk. Dazu kann eine landesweite Informationskampagne nach dem Vorbild der im November 2019 in Darmstadt durchgeführten Veranstaltung dienen. Diese sollte Bürgerinnen und Bürger proaktiv aufklären und so helfen, Akzeptanz für den anstehenden Ausbau zu schaffen.

Die SPD-Fraktion hat dies in Haushaltsberatungen im Januar dieses Jahres gefordert. Zur Durchführung einer Informations- und Dialogkampagne sollten damals 250.000 € im Bereich der Digitalministerin veranschlagt werden. Diese Auffassung teilen wir nach wie vor.

Die Einrichtung des „Kompetenzzentrum Elektromagnetische Felder“ im Februar 2020 sowie die „Kommunikationsinitiative der Bundesregierung zum Mobilfunkausbau und zu 5G“ zeigen außerdem, dass auch auf Bundesebene die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern zum Thema 5G intensiviert wird.

Jüngst forderte nun auch die Digitalministerin auf dem 2. Mobilfunkgipfel „die Schaffung von Transparenz durch eine gemeinsame Kommunikationsinitiative.“ Die Staatsministerin erklärte außerdem: „Dabei muss der Bund den Ländern eine Mitgestaltungsmöglichkeit einräumen. Hessen erklärt sich auch aufgrund seiner breiten Erfahrung bereit, federführend die Länderkoordination zu übernehmen“.

Diese Beispiele sowie das Engagement anderer Länder, beispielsweise Baden-Württemberg, die ein solches Kommunikationskonzept ausschreiben, zeigen auf, dass die Forderung der SPD-Fraktion aus den Haushaltsberatungen aktueller denn je ist.

Vorbemerkung Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung:

Die Hessische Landesregierung hat den Mobilfunkausbau zu einem der Schwerpunkte ihrer Arbeit erklärt. Seit dem Abschluss des Mobilfunkpaktes 2018 wurde die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Mobilfunknetzbetreibern intensiv ausgebaut. Auf dieser Grundlage konnten bereits deutliche Fortschritte erzielt werden. So ist Hessen eines der Länder, das am meisten von der Nachverdichtung der LTE-Netze profitiert und eines der Schwerpunkt-Länder beim beginnenden 5G-Rollout der drei Netzbetreiber.

Die Landesregierung hat mit der im vergangenen Jahr in Darmstadt durchgeführten, breit angelegten Veranstaltung zur Diskussion über 5G, aber auch durch die Information der Kommunen sowohl mit Vorträgen von Strahlenschutzexperten bei Informationsveranstaltungen wie auch mit Rundschreiben umfassend über Fragen des Strahlenschutzes informiert. Zudem werden Informationen auf der Seite des Breitbandbüros bereitgestellt. Diese Arbeit soll fortgesetzt werden.

Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung ist aus Sicht der Landesregierung von elementarer Bedeutung. Daher müssen selbstverständlich die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Nach Kenntnis der Landesregierung sind die aktuell geltenden, auf Grundlage der Empfehlungen nationaler und internationaler wissenschaftlicher Gremien erarbeiteten Grenzwerte der 26. BImSchV, deren Einhaltung durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) und die zuständigen Immissionsschutzbehörden konsequent überwacht wird, ausreichend, um eine Gefährdung der Bevölkerung durch Mobilfunkstrahlung zuverlässig auszuschließen. Sie befürwortet jedoch ausdrücklich zusätzliche Forschungsaktivitäten u.a. des neu geschaffenen Kompetenzzentrums Elektromagnetische Felder als Teil des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), um auch weitergehende Fragestellungen zu beleuchten und die technologische Weiterentwicklung vertieft zu begleiten.

Für die Landesregierung steht dabei außer Frage, dass der Nutzen der 5G-Technologie für eine digitale Gesellschaft von hoher Bedeutung ist und diese Technik neue Anwendungen ermöglicht, die für Gesellschaft und Wirtschaft großen Nutzen entfalten werden.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie bewertet sie die Maßnahmen des Bundes zur Kommunikationsinitiative Mobilfunk 5G?

Für Konzeption und Durchführung der angesprochenen Kommunikationsinitiative ist der Bund verantwortlich. Die Landesregierung begrüßt jedoch prinzipiell Aktivitäten, die bei der Bevölkerung durch transparente, wissenschaftlich fundierte Kommunikation und Aufklärung zu größerem Verständnis technischer Zusammenhänge und Rahmenbedingungen führen sowie um Akzeptanz für den Ausbau der digitalen Infrastruktur werben.

Frage 2. Welche Mitgestaltungsmöglichkeiten werden den Ländern im Rahmen der Kommunikationsinitiative des Bundes eingeräumt?

Frage 3. Wird Hessen wie angekündigt federführend die Länderkoordination in Bezug auf die Kommunikationsinitiative übernehmen?

Die Fragen 2 und 3 werden im Sachzusammenhang beantwortet.

Auch auf Grund der hessischen Initiative hat der Bund in einer Videokonferenz auf Fachebene die geplante Kampagne am 15.09.2020 den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden vorgestellt.

Der gewohnte intensive regelmäßige Austausch der Länder untereinander und mit dem Bund sowohl auf politischer wie auf fachlicher Ebene wird auch in Zukunft fortgesetzt, um sich zu Themen im Zusammenhang mit der Kommunikation zu 5G und zur digitalen Infrastruktur allgemein abzustimmen. Hessen wird sich dabei weiterhin engagiert einbringen.

Frage 4. Wie bewertet sie die landeseigene Kampagne in Baden-Württemberg?

Für Konzeption und Durchführung der angesprochenen Kommunikationsinitiative ist das Land Baden-Württemberg verantwortlich. Da die Kampagne noch nicht begonnen wurde, ist aus Sicht der Landesregierung eine Bewertung weder zweckmäßig noch opportun.

Frage 5. Plant sie eigene Maßnahmen über die Finanzierung der Kompetenzstelle Mobilfunk hinaus?

Für die Landesregierung steht im Rahmen ihrer Dialog- und Kommunikationsoffensive im Fokus, die Kommunen darin zu unterstützen, eigenständig Kompetenzen für Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu Mobilfunk (einschließlich 5G) zu erwerben. Dazu gehören u.a. folgende Maßnahmen:

- Drei bereits sehr erfolgreich durchgeführte Online-Seminare für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie kommunale Beschäftigte.
- Geplante regionale Präsenz-Veranstaltungen für diese Zielgruppe.
- Die bereits begonnene und im Ausbau befindliche individuelle Unterstützung und Beratung der Kommunen durch das Fachreferat und die Kompetenzstelle Mobilfunk.
- Einen Leitfaden und ein Video zum Mobilfunk-Förderprogramm.
- Das in Aufbau befindliche hessische Mobilfunkportal mit umfassenden Informationen rund um das Thema Mobilfunk und zu den Kontaktmöglichkeiten der für Grenzwerte und Strahlenschutz zuständigen Behörden des Bundes und in Hessen.

Dabei geht der Ansatz deutlich darüber hinaus, nur über 5G zu informieren. Vielmehr soll insgesamt in den Kommunen für eine größere Akzeptanz für digitale Infrastruktur als Basis der Digitalisierung geworben werden.

Die Finanzierung dieser Aktivitäten erfolgt aus den vorhandenen operativen Mitteln des Digitalministeriums und im Rahmen des Vertrages mit dem Breitbandbüro.

Wiesbaden, 29. Oktober 2020

Prof. Dr. Kristina Sinemus